

Mehr Geld für den IGS-Neubau

Rat gibt weitere 1,4 Millionen Euro frei / Politiker stimmen für Alu-Fenster, Bushäuschen und Sitzecken

Burgdorf (fh). Der Burgdorfer Rat hat weitere 1,4 Millionen Euro für den Neubau der Rudolf-Bembeneck-Gesamtschule (RBG) genehmigt. Das Geld wird einerseits für notwendige Ausstattungen wie die Schließanlage und Feuerlöscher benötigt, andererseits für optionale Leistungen wie höherwertige Fenster und ein Buswarte-häuschen. Der Beschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst. Gegenstimmen kamen von den beiden Vertretern der Linkspartei sowie je einem Vertreter von FDP und WGS/Freien Burgdorfern.

Die Kosten für den Schulneubau im engeren Sinne steigen damit von bisher 57 Millionen auf 58,4 Millionen Euro. Zusätzlich fließt Geld in den Grundstückserwerb, die Verkehrserschließung sowie Gutachten und andere sogenannte Bauherrenkosten. All inclusive hatte die Stadt bereits im September öffentlich eine Gesamtsumme von rund 67,5 Millionen Euro genannt. Dabei waren offenbar großzügige finanzielle Puffer eingerechnet, sodass diese Marke trotz der jüngsten Erhöhung nicht überschritten wird.

Im vergangenen Sommer hatte die Stadt die Firma Goldbeck Ost als Totalunternehmer (TU) beauftragt. Sie kümmert sich nun aus einer Hand um Planung und Bau und nimmt die einzelnen Gewerke wie Maurer, Dachdecker oder Tischler unter Vertrag. Das entlastet die Stadtverwaltung beispielsweise von Ausschreibungen und Koordinierungsaufgaben. Zum Schuljahr 2024/25 soll die Schule in Betrieb gehen.

Beschluss erfolgt bei Sondersitzung des Rates

Ursprünglich wollte sich die Verwaltung das nun zusätzlich benötigte Geld bereits am 8. März hinter verschlossenen Türen vom Verwaltungsausschuss genehmigen lassen. Doch die Kommunalpolitiker forderten eine öffentliche Debatte ein. Eilig wurden in der zurückliegenden Woche deshalb Sondersitzungen des Bauausschusses am Dienstag und des Rates am Donnerstag anberaumt.

Dort warnte FDP-Ratsherr Karl-Heinz Vehling eindringlich vor der Freigabe zusätzlicher Mittel. „Die Kosten für den Bau der IGS laufen aus dem Ruder. Sie haben es in der Hand, das finanzielle Desaster zu verhindern“, appellierte er vor der Abstimmung. Die meisten Maßnahmen seien



Derzeit laufen am neuen Standort der IGS gegenüber von Parlasca bereits die Straßenbauarbeiten.

FOTOS: FRANKA HAA

zwar wünschenswert, aber nicht notwendig für den Schulbetrieb. „Deshalb sollten wir darauf verzichten, zumal wir das Geld nicht haben“, sagte er.

Ähnlich argumentierte Michael Fleischmann von der Linkspartei. „Das Projekt ist sowieso schon über den finanziellen Möglichkeiten der Stadt kalkuliert. Ich habe es noch nicht erlebt, dass eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung schon benötigt wird, bevor überhaupt der erste Stein gelegt ist. Das zeigt auf dramatische Weise, in welchem finanziellen Fahrwasser die Stadt ist“, sagte er.

Der Sprecher der Gruppe aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen Gerald Hinz widersprach dieser Darstellung. Der Totalunternehmer baue die Schule schließlich zu einem Festpreis. „Es läuft also nichts aus dem Ruder! Das Risiko für steigende Baukosten liegt beim Totalunternehmer und nicht bei der Stadt“, so Hinz.

Schließanlage war noch nicht beauftragt

Nach der Vergabe hatte der Marktspiegel im September berichtet, dass die Stadt für die 57 Millionen Euro eine „schlüsselfertige Schule“ erhält – eine gängige Formulierung im Zusammenhang mit Totalunternehmern. Doch der Teufel steckt bekanntlich im Detail: Denn nun stellte sich heraus, dass gerade Schlüssel und Schließanlage noch nicht in dem Budget enthalten waren. Ebenso wie die Ausstattung mit Feuerlöschern und eine Rei-

he weiterer Leistungen hatte die Stadt sie zunächst aus dem Auftrag herausgelöst, um sie gegebenenfalls zu einem günstigeren Preis an andere Unternehmen vergeben zu können.

Das sorgte bei einigen Politikern jetzt für Stirnrunzeln – selbst bei jenen, die den Beschluss im Verwaltungsausschuss damals mitgefasst hatten. „Eigentlich wollte die Region Hannover parallel den Auftrag für die Schule am Wasserwerk vergeben. Das hätte zu Einsparungen geführt. Weil das kurz vor der Vergabe geplatzt ist, musste die Stadt auf den letzten Metern noch einige Posten streichen“, schilderte der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Köneke.

Das sei den Politikern lediglich mündlich vorgestellt worden. „Mir war nicht bewusst, dass auch so wesentliche Dinge wie eine

Schließanlage und Feuerlöscher herausgenommen wurden, ohne die ein Betrieb gar nicht möglich ist“, sagte Köneke und kritisierte: „Wenn wir die zusätzlichen Mittel jetzt nicht freigeben, würde die Stadt 2024 eine fertige Schule bekommen, die sich nicht abschließen lässt.“

Statt der ursprünglich geplanten mechanischen soll die Schule nun eine vollelektronische Schließanlage erhalten. „Wir haben mittlerweile in mehreren Gebäuden elektronische Schließanlagen nachgerüstet und gute Erfahrungen damit gemacht“, begründet der Leiter der Hochbauabteilung Andreas Fischer.

Auf der Liste standen noch weitere Posten, die für den Betrieb der Schule erforderlich sind: unter anderem die Ausstattung mit Feuerlöschern sowie der Einbau von Bo-

denhüllen in der Sporthalle, um temporär Geräte aufbauen zu können. All das hat der Rat mit großer Mehrheit beschlossen. Breite Zustimmung fand auch, dass auf den Fluren Sitzecken geschaffen werden, die nicht nur während der Pausen, sondern auch im Unterricht beispielsweise für Gruppenarbeiten genutzt werden können.

Der Bau eines Dachs für die Fahrradständer wird hingegen nicht an den Totalunternehmer vergeben. Dieser soll nur die Voraussetzungen für die spätere Installation schaffen. Die Stadt wird dann einen Investor suchen, der ein Dach mit Photovoltaik-Anlage errichtet.

Streit um Alu-Fenster und Bushäuschen

Deutlich strittiger war die Auswahl der Fenster. Die Stadt hatte zunächst vorgeschlagen, nur im Erdgeschoss Aluminiumfenster einzubauen und für das Obergeschoss günstigere Modelle aus Kunststoff gewählt. „Sie sind aber nicht so langlebig und müssen häufiger gewartet werden. Auf lange Sicht sind sie deshalb teurer“, gab nun Andreas Fischer von der städtischen Bauabteilung zu bedenken.

SPD und Grüne folgten dieser Argumentation. FDP, Linke, WGS/Freie Burgdorfer und große Teile der CDU ließen sich davon hingegen nicht überzeugen. Klaus Köneke verwies auf den hohen Energiestandard des Gebäudes. „Anders als in alten Schulen müssen die Fenster nicht ständig aufgerissen werden und werden nicht übermäßig beansprucht. Kunststofffenster reichen also aus“, betonte er. Eine knappe Mehrheit stimmte aber für Alu-Fenster auch im Obergeschoss.

Auch der Bau eines Buswarte-häuschens wurde mit 18 Ja- und 13 Nein-Stimmen beschlossen. Ursprünglich waren fünf davon geplant – dann wollte die Stadt ganz darauf verzichten, weil die Schüler bei Regen auch unter dem Schulvordach warten könnten. „Aber gerade für Schüler mit Handicap ist es wichtig, direkt an der Haltestelle warten zu können“, argumentierte Fischer nun. Köneke widersprach: „Wenn es fünf Haltebuchten, aber nur ein Häuschen gibt, steht es immer an der falschen Stelle. Außerdem werden die Schüler mit Behinderung mit ihren Freunden an der Schule warten und nicht alleine an den Bushaltestellen“, begründete er.



Bisher ist die IGS in dem alten Realschulgebäude an der Ecke Vor dem Celler Tor/Im Langen Mühlengeld untergebracht.